

Dr. Rosemarie Hein, MdB

Die Politik muss ihre Hausaufgaben machen

Es ist gut, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland freiwillig engagieren. Der Schatz, den die fast 31 Millionen Menschen für das Zusammenleben in der Gesellschaft durch ihr freiwilliges Engagement heben, kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Damit wird die Gesellschaft reicher. Das Miteinander gewinnt. Manches fände ohne dieses Engagement nicht statt. Darum ist es nur angemessen und dringend nötig, dass freiwilliges Engagement in der Gesellschaft stärker gewürdigt und wertgeschätzt wird. Die Möglichkeiten der Anerkennung des freiwilligen Engagements sind noch nicht zufriedenstellend und angemessen. Manches wäre einfach zu haben, scheitert aber an bürokratischen Hürden. Vor allem wäre aber wichtig, die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern. Dazu gehört zum Beispiel die finanzielle und personelle Sicherstellung freiwilligen Engagements. Ohne Hauptamt für Organisation und Beratung hat es freiwilliges Engagement viel schwerer. Doch es gibt noch weitere Probleme, die teilweise auch beim Freiwilligensurvey deutlich werden. Der Zuwachs freiwilligen Engagements ist auch bei Frauen zu verzeichnen. Dennoch sind es immer noch weniger Frauen als Männer, die sich freiwillig engagieren. Und sie finden sich seltener in Leitungsfunktionen in Vereinen und Verbänden. Doch Frauen leisten in dieser Gesellschaft doppelt soviel unbezahlte Arbeit wie Männer. Sie leisten diese vor allem in der Familie und im familiären Umfeld. Diese Arbeit wird im Freiwilligensurvey nicht gezählt. Die stärkere Beteiligung von Frauen in der Freiwilligenarbeit ist also auch eine Frage der Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft. Ein weiteres Problem: Wir müssen dafür sorgen, dass Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht auf das freiwillige Engagement verlagert werden, weil sich die öffentliche Hand aus der Finanzierung aus Spargründen zurückzieht und lieber ein Taschengeld für die Leistung dieser Arbeit gezahlt wird. Dann nämlich entsteht ein neuer Niedriglohnbereich, von dem niemand leben kann. Darum müssen wir uns gegen den Trend zur weiteren Monetarisierung des Ehrenamtes stark machen. Freiwilliges Engagement ist zusätzlich, gemeinnützig und in der Regel unentgeltlich.

Ein drittes Problem möchte ich noch ansprechen: Der Freiwilligensurvey weist zu Recht darauf hin, dass es eine Wechselbeziehung zwischen sozialer Ungleichheit und freiwilligem Engagement gibt. So kann eine Ursache für die geringere Beteiligung am freiwilligen Engagement auf sozialer Ungleichheit beruhen. Darüber hinaus kann freiwilliges Engagement solche Ungleichheiten sogar verstärken. Insofern stimmt es mich bedenklich, dass es Gruppen gibt, die, laut Freiwilligensurvey, deutlich unterdurchschnittlich engagiert sind.

Dazu gehören Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Menschen mit geringer Bildung und Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch Menschen im höheren Lebensalter und, wie schon erwähnt, Frauen. Diese Situation gilt es zu ändern. Der Freiwilligensurvey gibt hier durchaus sinnvolle Anregungen. Oftmals werden die oben genannten Personengruppen lediglich als Zielgruppen freiwilligen Engagements wahrgenommen. Es gilt in der nächsten Zeit verstärkt darauf zu achten, dass sie auch Mitwirkende im freiwilligen Engagement werden.

Ein letzter Punkt, den ich anmerken möchte, ist die nach wie vor vorhandene Schere zwischen Ost und West. Zwar gab es auch in Ostdeutschland einen Anstieg der Anzahl der sich freiwillig Engagierenden, allerdings bewegte sich der Anstieg in den westdeutschen Ländern auf einem ähnlichen Niveau, sodass die Schere zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern nicht geschlossen werden konnte. Zu Recht verweist der Freiwilligensurvey in diesem Zusammenhang auf die deutlichen Unterschiede in der Wirtschaftskraft, die unterschiedliche Vereinsdichte und die unterschiedliche sozioökonomische Lage in Ost- und Westdeutschland. Das alles sind Gründe, die dazu führen, dass es in Bezug auf die Beteiligung im freiwilligen Engagement keine Angleichung zwischen Ost und West gibt.

Die Hausaufgaben für die Politik, die sich aus dem Freiwilligensurvey ergeben sind vielfältig. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die es Allen ermöglichen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Ganz oben auf dem Aufgabenzettel steht eine Verringerung der sozialen Spaltung in der Bundesrepublik, auch und gerade, um freiwilliges Engagement zu fördern.

Autorin

Dr. Rosemarie Hein ist Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement der Fraktion DIE LINKE und Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages.

Kontakt: rosemarie.hein@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de